



Presseschau vom 18.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Wieder Finanzspritze für Ukraine: IWF stellt in Kürze Milliardenkredite bereit

Kiew erwartet vom Internationalen Währungsfonds (IWF) Kredite von insgesamt zwei Milliarden US-Dollar. Dies teilte der ukrainische Finanzminister Alexander Daniljuk in einem Interview für den TV-Sender „112 Ukraina“ mit.

„Zwei Milliarden Dollar — eine weitere IWF-Tranche kann die Ukraine bereits im Mai oder Juni bekommen“, so Daniljuk. Nach seinen Worten erwartet der Internationale Währungsfonds im Gegenzug, dass die Ukraine wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption ergreift.

Medienberichten zufolge wollte die Ukraine die fünfte Tranche vom IWF bis Ende 2017 erhalten, jedoch sei diese bisher nicht ausgezahlt worden. Nun erwartet Kiew erneut eine Tranche im laufenden Jahr, ist sich aber über den Termin noch nicht im Klaren.

Zuvor wurde bekanntgegeben, dass die Europäische Kommission zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Euro für die Ukraine zugesagt hatte.

[Ukrinform.ua: Hrojsman über Reformen in der Ukraine](#)

Der Regierung sei es noch nicht gelungen, alle geplanten Maßnahmen umzusetzen, die den Lebensstandard der Bürger der Ukraine wesentlich verbessern würden, sagte heute der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman auf dem gesellschaftlich-politischen

Forum „Reformen im Visier: Dialog der Öffentlichkeit und Regierung“, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Frage besteht darin, wie sich die Lebensqualität der Ukrainer verändert. Ich kann sagen, was ich verändern wollte, dieses Ziel habe ich in dem Moment noch nicht erreicht. Aber man muss diesen Weg gehen, denn es geht um die völlig neuen Standards des Lebens der ukrainischen Bürger“, sagte Hrojsman.

Der Premier stellte fest, dass die Regierung für die Zusammenarbeit mit allen offen ist. Es geht um die politischen Kräfte und die Öffentlichkeit. „Die Priorität Nummer Eins ist das Wirtschaftswachstum, und dafür sind Investitionen notwendig, das Oberhoheitsrecht und vieles mehr. In diesen Bereichen versuchen wir, unser Vorgehen zu strukturieren, und wir wissen genau, dass man viel tun muss, um das zu erreichen“, sagte Hrojsman.

de.sputniknews.com: Saudi-Arabien zu Einmarsch in Syrien bereit – Medien

Der saudische Außenminister Adel al-Dschubeir hat die Bereitschaft seines Landes geäußert, Truppen nach Syrien zu entsenden. Das teilte der saudische Fernsehsender Al-Ekhbariya mit. Das Königreich sei bereit, Truppen zur Bekämpfung des Terrorismus nach Syrien zu schicken, wenn es einen solchen Vorschlag seitens der US-Administration geben sollte.

„Seit Anfang dieses Jahres führen wir Verhandlungen mit den USA bezüglich der Entsendung von Truppen nach Syrien... Diese Vorschläge und dieser Gedanke sind aber nicht neu“, sagte al-Dschubeir.

Der Außenminister merkte an, diese Verhandlungen seien noch mit der US-Administration unter Barack Obama geführt worden, aber die damalige US-Regierung habe keine Maßnahmen in Bezug auf diesen Vorschlag ergriffen, so der saudische Diplomat....

Dan-news.info: Einer der beim Beschuss der Fahrzeugkolonne mit Arbeitern der DFS am 17. April Verletzten wurde in das republikanische traumatologische Zentrum eingewiesen, er benötigte eine dringende Operation. Dies teilte ein Vertreter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

„Einer der Männer, der am Hals verletzt wurde, befindet sich im republikanischen traumatologischen Zentrum in Donezk. Sein Zustand ist ernst“, teilte der Gesprächspartner der Agentur mit.

Er unterstrich, dass der Verletzte sich derzeit im Operationssaal befindet, der Mann benötigte eine dringende Operation. Weitere Einzelheiten sind derzeit nicht bekannt.

de.sputniknews.com: Der Fall Skripal: Es gab keinen „chemischen Angriff“ in Salisbury – Experte

Im Fall des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal lässt sich mit ziemlich hoher Sicherheit sagen, dass es keinen „chemischen Angriff“ in Salisbury gab. Dies erklärte das ehemalige Mitglied der UN-Kommission für biologische Waffen Igor Nikulin.

Nach seinen Worten handelt es sich dabei vielmehr um „einen Vorfall, der im Zusammenhang mit der Vergiftung von zwei oder mehr Personen mit einem Spezialstoff“ aus dem Nato-Arsenal steht.

Die Begriffe eines „chemischen Angriffes“ oder einer „Vergiftung“ seien hier strikt voneinander zu trennen, so die Argumentation des Experten.

Nach dem Anschlag in Salisbury haben Schweizer Spezialisten nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow den gegen den Ex-Spion Sergej Skripal und dessen Tochter Julia eingesetzten Giftstoff als BZ identifiziert. Laut Nikulin beginnt die Wirkung des Spezialstoffes erst nach einer Stunde, weswegen die Opfer innerhalb dieser Zeit imstande waren, sich durch die Stadt zu bewegen.

Dem Experten zufolge ähneln die Symptome, die bei der Wirkung dieser Substanz auftreten,

denen, die vorher bei den Skripals festgestellt wurden: Hautrötungen, erweiterte Pupillen, Bewegungsstörungen und Halluzinationen.

Die Wirkung der Substanz sei vorübergehend. Mit welchen Methoden man sie neutralisiert, soll den westlichen Spezialisten wohl bekannt sein, was die unerwartet schnellen Fortschritte bei der Genesung der Opfer erkläre, so Nikulin.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

21:20 – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Wodjaojw auf **Leninskoje** festgestellt, es werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Die ukrainischen Streitkräfte haben den Beschuss aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** fortgesetzt, es werden auch Scharfschützenwaffen verwendet.

22:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Newelskoje auf das **Abakumow-Bergwerk** eröffnet, es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

de.sputniknews.com: Für Frieden in Nord-Ost-Asien: Russland will länderübergreifende Kooperation stärken

Zuletzt standen die Zeichen rund um die koreanische Halbinsel auf Entspannung – sowohl zwischen Nord- und Südkorea als auch zu den USA. Laut dem russischen Außenministerium ist nun die Gewährleistung der Sicherheit in der gesamten Region von größter Bedeutung.

Wie der Direktor des Departements für Asien am russischen Außenministerium, Andrej Kulik, mitteilte, ist es für die Russische Föderation von besonderer Wichtigkeit, dass die Sicherheit aller Länder in Nord-Ost-Asien, einschließlich Nordkoreas, gewährleistet ist.

Hierzu sei sein Land zu „einer engen Koordinierung“ bereit, um „einen festen Frieden in der Region formieren“ zu können.

"Die wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Russland und Nordkorea ist eine stabile militärpolitische Lage auf der koreanischen Halbinsel. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Schritte der nordkoreanischen Regierung zum Aufbau des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südkorea“, erklärte Kulik bei einem Empfang in der nordkoreanischen Botschaft anlässlich des 106. Jahrestages der Geburt von Kim Il Sung.

Der Grundgedanke dieser Koordinierungsmaßnahmen muss das „Prinzip der gleichberechtigten und der ungeteilten Sicherheit aller Länder der Region“ sein, fügte er hinzu.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **viermal** die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowka und Shelobok**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Diente Londons "Desinfektion" Vernichtung von Beweisen?

Die genauen Umstände im sogenannten Skripal-Fall sind weiterhin ungeklärt. Das Agieren Londons erscheint verschiedenen Politikern und Experten zunehmend verdächtig. Wie ein Vertreter der russischen Botschaft in London Sputnik mitteilte, könnte Londons "Desinfektion" am Tatort vielmehr der Beweisvernichtung gedient haben.

Die russische Botschaft verwies zudem darauf, dass es zahlreiche Ungereimtheiten in Londons Darstellung zu der Skripal-Vergiftung gebe. Gebe es beispielsweise tatsächlich so viele Orte in Salisbury, die mit dem Giftstoff versehen wären, wie es London zuvor dargelegt habe, hätte es kaum nur drei Betroffene gegeben.

Auch verschiedene weitere Details der britischen Darstellung seien extrem fragwürdig.

"Diese Ungereimtheiten, die mit bloßem Auge sichtbar sind, lassen annehmen, dass die sogenannte 'Desinfektion', die das Verbrennen potentiell kontaminierter Objekte einschließt, tatsächlich der Vernichtung von Beweisen gedient hatte", so der Botschaftsvertreter....

Dnr-news.com: Ukrainische Seeleute drohten Poroschenko mit Rückkehr auf die Krim wegen Wohnraum

Eine Gruppe von Offizieren der ukrainischen Marine, die 2014 die Krim verlassen hatten, haben sich an den Präsidenten Petr Poroschenko gewandt mit der Bitte, ihnen einen Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen anstelle des auf der Krim zurückgelassenen. Darüber berichtet „Dumskaja“.

In einem offenen Brief stellen die Seeleute fest, dass sie im Jahr 2014 den Befehl des Oberkommandos befolgten und die Krim verließen, wobei sie ihr Eigentum und die Dienstunterkünfte verloren. Seit dieser Zeit, schreiben die Offiziere, hat die Führung des Landes nichts für die Versorgung der Marineangehörigen mit Wohnraum getan.

„Wir erfüllen ehrlich unsere Dienstpflicht, die Mehrheit von uns sind Teilnehmer der ATO, einige haben staatliche Auszeichnungen für die Durchführung von Kampfaufgaben erhalten. Die zynische Haltung gegenüber den Militärangehörigen und ihrer Familienmitglieder, die Patrioten ihres Landes geblieben sind, ist verletzend“, heißt es in den Brief.

Die ukrainischen Seeleute drückten ihre Hoffnung aus, dass die Führung ihre Probleme lösen und die Militärangehörigen nicht dazu zwingen wird, nach der Entlassung in die Reserve auf die Krim zurückzukehren und die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen zur Lösung des Wohnungsproblems.

de.sputniknews.com: Russland wird An-124 für Nato nicht mehr bereitstellen – Medien
Die russische Frachtfluggesellschaft Volga-Dnepr wird bis zum Jahresende die Bereitstellung von Transportflugzeugen An-124 Ruslan zum Transport von Luftfrachttransporten für die Nato einstellen. Das berichtet die französische Zeitschrift „Challenges“ unter Berufung auf eigene Quellen.

Es handelt sich demnach um das Projekt SALIS (Strategic Airlift International Solution), in dessen Rahmen die ukrainische Fluggesellschaft Antonov Airlines und Volga-Dnepr ein gemeinsames Unternehmen gründeten. Insgesamt transportierten 17 An-124 Ruslan sperrige Luftfracht des Bündnisses.

Nach Angaben von „Challenges“ traf die russische Seite als Antwort auf die Verschärfung der US-Sanktionen diese Entscheidung.

Die Zeitschrift betont, die Entscheidung von Volga-Dnepr werde ein harter Schlag für die französische Armee sein, da sie, obwohl sie über Transportflugzeuge Airbus A400M verfüge, beim Transport von Hubschraubern und Panzern von den An-124 abhängig sei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32037/76/320377624.jpg>

ukrinform.ua: IWF prognostiziert Abschwung russischer Wirtschaft

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert das BIP-Wachstum der Russischen Föderation im Jahr 2018 auf einem Niveau von 1,7 % mit einem Rückgang bis auf 1,5 % im Jahr 2019. Dabei ziehen die Experten die möglichen Auswirkungen der neuen Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen Russland nicht in Betracht

Darum ging es am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Washington bei der Präsentation des neuen Überblicks vom IWF „Aussichten der Weltwirtschaft“, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

Im Bericht ist unter anderem festgestellt, dass das Wachstum des realen BIP Russlands in 2017 1,5 % betrug (das BIP-Wachstum der Ukraine im selben Jahr - 2,5 %). Laut der IWF-Prognose soll das russische BIP in 2018 bis auf 1,7 % steigen und bis auf 1,5 % im Jahr 2019 fallen.

Maurice Obstfeld, Chefökonom und Wirtschaftsberater des IWF, sagte auf der Pressekonferenz, der Fonds schätze die möglichen Auswirkungen von den jüngsten Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen Russland noch nicht ein.

de.sputniknews.com: „Unter Bomben“ Assad Macht entziehen? Russischer UN-Botschafter über US-Chancen

Die USA werden dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nicht gewaltsam die Macht im Land entziehen können, erklärte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja.

„Es ist schwer vorstellbar, dass die syrischen Behörden nach all dem Vorgefallenen davon begeistert sind, im Auftrag der westlichen Troika über die politische Regelung in ihrem Land zu sprechen“, so Nebensja.

„Falls die Aufgabe darin besteht, den syrischen Präsidenten unter Bomben an den Verhandlungstisch zu zwingen, dies als einen Sieg über ihn zu präsentieren, weil er eben nur Gewalt versteht, ihn nach den Verhandlungsergebnissen zu stürzen und ihn dann als ‚Kriegsverbrecher‘ vor Gericht zu stellen, womit man direkt aus Washington, London und Paris droht, ist sie unrealisierbar“, sagte der russische UN-Botschafter bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Darüber hinaus kommentierte Nebensja den jüngsten Angriff der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien: „Mir ihrem Aggressionsakt haben sich die westliche Troika und

jene, die diese unterstützt oder deren Vorgehen begrüßt haben, mit einer Konfliktseite solidarisiert.“

Der russische UN-Botschafter äußerte sich unter anderem zu einem am Samstag von Frankreich im UN-Sicherheitsrat verbreiteten Resolutionsentwurf zu Syrien, dessen Co-Autoren auch die USA und Großbritannien waren. „Ich habe von Anfang an gesagt, dass er zeitlich unpassend und unnötig ist“, sagte Nebensja gegenüber Journalisten.

Er verwies darauf, dass das Dokument am nächsten Tag nach dem Angriff der USA, Frankreichs und Großbritanniens vorgelegt worden sei.

„Finden Sie das nicht lächerlich?“

Die russische Delegation informierte ihm zufolge die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates im Laufe der ersten Beratungsrunde über ihre Position: „Wir haben gesagt, dass die Bemühung nun unzeitgemäß sind. Jetzt sagen sie, dass sie keinen Druck auf uns ausüben, dass sie (den Entwurf – Anm. d. Red.) besprechen werden, aber es ist egal, dies wird nichts ändern. Wir haben bereits alles in den existierenden Resolutionen. Es gibt die Resolution über die politische Regelung, eine Reihe von Resolutionen über die humanitäre Situation, darunter auch 2401.“

Nebensja äußerte sich skeptisch zum Vorschlag der Autoren des Dokumentes, einen Mechanismus zu entwickeln, um die für den Chemiewaffeneinsatz in Syrien Verantwortlichen zu belangen.

„Sie sind selbst ein attributiver Mechanismus. Sie haben den Schuldigen festgelegt und den Verbrecher bereits bestraft. Wozu brauchen sie nun den Mechanismus der Attribution?“

In der Nacht auf Samstag hatte US-Präsident Donald Trump einen Angriff auf Syrien als Vergeltung für die vermeintliche Giftgasattacke in der Stadt Duma angeordnet. Wenige Zeit später feuerten die USA, Großbritannien und Frankreich 103 Marschflugkörper sowie Luft-Boden-Raketen gegen Objekte in Syrien ab. Laut dem russischen Generalstab hat die syrische Luftabwehr 71 Marschflugkörper abgefangen.

Die russischen Truppen wurden nicht für das Abfangen dieser Raketen eingesetzt, verfolgten jedoch alle Raketenstarts. Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat den Raketenschlag der drei westlichen Länder gegen Syrien als einen Aggressionsakt gegen einen souveränen Staat bezeichnet und darauf verwiesen, dass der Chemiewaffenangriff in Ost-Ghuta nicht bestätigt worden war.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit (Stand 17.04.18): in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 27.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sajzewo, Schirokaja Balka, Dolomitnoje, Oserjanowka), Jasinowataja (Wasiljewka, Jakowlewka, Krutaja Balka, Spartak, Shabitschewo), Donezk (Abakumow-Bergwerk), Dokutschajewsk, Petrowskoje, Leninskoje, Kominternowo.

In der Folge des Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden Wohnhäuser in folgenden Ortschaften beschädigt:

- Sajzewo, Poletajewa-Straße 173, das Dach ist beschädigt;**
- Sajzewo, Smolenskaja-Straße 20, das Haus ist beschädigt;**
- Schirokaja Balka, Plotinnaja-Straße 1, Haus und Dach sind beschädigt.**

Wir erinnern daran, dass zuvor mitgeteilt wurde, dass eine Fahrzeugkolonne mit der Arbeitsschicht der DFS von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen wurde. In der

Folge des Beschusses wurde fünf Mitarbeiter der DFS unterschiedlich schwer verletzt. Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 865. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 895.

Wir erinnern, seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Nach Israel-Angriff auf syrische Luftbasis: Nun ist das Ziel bekannt – US-Zeitung

Die Zeitung „The Wall Street Journal“ hat neue Details zum Angriff auf die syrische Luftwaffenbasis Tifor (T-4) durch die israelische Luftwaffe enthüllt.

Die Zeitung berichtete unter Berufung auf Quellen in Geheimdiensten, dass der Angriff „mit der stillschweigenden Unterstützung von Amerika“ verübt worden sei. Der israelische Angriff wurde demnach unternommen, nachdem der israelische Premier, Benjamin Netanjahu, die Verhandlungen mit dem amerikanischen Staatschef, Donald Trump, beendet hatte. Das Ziel sei ein neues iranisches Luftabwehrsystem gewesen, das sich auf dem syrischen Stützpunkt befunden habe.

Netanjahu habe einen Angriff auf „die jüngst eingetroffene Flugabwehrbatterie befohlen, um somit die iranischen Streitkräfte an ihrem Einsatz gegen israelische Flugzeuge zu hindern. Darüber hinaus soll auch eine Hallenanlage getroffen worden sein, in der sich die von den iranischen Streitkräften benutzten Drohnen befunden hätten.

Im WSJ-Beitrag wird dabei betont, dass die USA mit Israel zusammenarbeiten würden, um somit zu versuchen, den iranischen Einfluss im Nahen Osten einzuschränken.

Dnr-online.ru: Heute Morgen von 6:15 bis 6:45 haben die ukrainischen Truppen **Kominternowo** aus Richtung Gnutowo beschossen, es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

In der Folge eines direkten Treffers wurde ein Wohnhaus in der Achmatowa-Straße 81 teilweise zerstört, außerdem wurde eine Stromleitung beschädigt. Die Ortschaft hat zeitweise keinen Strom. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Nach Syrien-Einsatz nun im Donbass: US-Drohne nahe Trennungslinie gesichtet**

Das strategische unbemannte Luftfahrzeug RQ-4B Global Hawk der US-Luftwaffe hat einen mehrstündigen Aufklärungsflug entlang der Trennungslinie im Donbass unternommen. Der Flug folgte einer früheren Mission in der Nähe der russischen Schwarzmeerküste. Das geht aus der Mitteilung der Webseite für Analysen des Luftraums des Westens hervor.

Demnach soll die Drohne mit dem Luftfahrzeugkennzeichen 10-2043 von dem Militärflugplatz Sigonella auf Sizilien gestartet sein und etwa um 19:50 Uhr am Dienstag einen Patrouillenflug entlang der Trennungslinie im Donbass begonnen haben.

Die Drohne habe mindestens acht Flüge entlang der Trennungslinie zu den selbsterklärten Volksrepubliken durchgeführt, indem sie in einer Entfernung von etwa 70 bis 80 Kilometern von der Linie kursierte.

Dabei soll sich die Maschine mehrere Male der Grenze zu Russland genähert haben und 40 bis 60 Kilometer von der russischen Grenze entfernt geflogen zu sein.

Da die Aufklärungstiefe einer RQ-4B-Maschine mehr als 450 Kilometer betrage, habe die Drohne das gesamte Territorium der selbsterklärten Volksrepubliken sowie große Teile der

grenznahen Regionen Russlands beobachten können, schreiben russische Medien. Zuvor hatte die Drohne mit dem Luftfahrzeugkennzeichen 10-2043 am Dienstag einen Aufklärungsflug in der Nähe der Küste der Halbinsel Krim und des Gebiets Krasnodar durchgeführt.

Den westlichen Beobachtern zufolge hatte dieselbe Maschine in der Nacht auf Samstag kurz vor dem Raketenangriff von den USA, Großbritannien und Frankreich einen Aufklärungsflug im Luftraum über dem Mittelmeer unweit des syrischen Territoriums und der russischen Militärstützpunkte Tartus und Hmeimim unternommen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32037/91/320379130.jpg>

Dan-news.info: „In der Folge von Beschüsse von Sajzewo am 17. April wurden zwei private Häuser in der Poletajewa- und der Smolenskaja-Straße beschädigt. Vier weitere Häuser wurden im nördlichen Teil von Gorlowka in der Melitopolskaja-Straße beschädigt. Drei Wohnhäuser wurden im zentralen Bezirk von Gorlowka in der Plotinnaja-Straße beschädigt“ teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

de.sputniknews.com: „Ich bin nicht verwirrt“: UN-Botschafterin der USA zu Russland-Sanktionen

Die US-Botschafterin bei der Uno Nikki Haley hat auf die Kritik des Wirtschaftsberaters des US-Präsidenten Larry Kudlow geantwortet. Dieser hatte geäußert, dass Haley bei der Ankündigung von neuen Sanktionen verwirrt gewesen sein soll. Dies berichtet der US-Sender Fox News.

„Bei allem Respekt, ich bin nicht verwirrt“, sagte Haley gegenüber Fox News.

Am 15. April hatte Haley die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland wegen der Lage in Syrien versprochen. Diese Sanktionen würden demnach direkt gegen jene Unternehmen gerichtet werden, die angeblich Ausrüstung und Technologien liefern, die zur Herstellung von Chemiewaffen beigetragen haben. Später berichtete „The Washington Post“, US-Präsident Donald Trump habe angeordnet, die Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland zu verschieben.

Dan-news.info: Die Arbeitsämter der DVR haben seit Beginn dieses Jahres ca. 6500 Menschen aus befristete Arbeitsplätze vermittelt, teilte die Direktorin des Republikanischen

Arbeitsamts Tamara Kosenko mit. Dabei handelt es sich um Arbeiten beim Wiederaufbau von zerstörten Wohnhäusern, beim Wiederaufbau und Reparatur sozialer Objekte, Schneeräumarbeiten, Unterstützung bei der Ausgabe humanitärer Hilfe. Im gleichen Zeitraum wurden fast 5000 Menschen auf dauerhafte Arbeitsplätze vermittelt, darunter 81 Menschen mit Behinderung.

de.sputniknews.com: OPCW-Untersuchungsmission im syrischen Duma wegen Schusswechsels verschoben

Der Beginn der Untersuchungsmission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) im syrischen Duma ist verschoben worden. Der Grund ist ein Schusswechsel in der ehemaligen Rebellenhochburg, meldet Reuters am Mittwoch.

Das am Dienstag nach Duma entsandte Sicherheitsteam der Vereinten Nationen hat einen Schusswechsel gemeldet. Daraufhin sei der Einsatz von OPCW-Experten in Duma verschoben worden.

Oppositionelle syrische Internetportale hatten zuvor über einen Chlorgas-Einsatz mit Dutzenden Toten in der damals noch von Rebellen kontrollierten Ortschaft Duma östlich von Damaskus berichtet, jedoch keine Beweise vorgelegt.

Ihre Informationen wurden schnell von westlichen Medien und Spitzenpolitikern aufgegriffen, die die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für die angebliche Attacke verantwortlich machten. Damaskus bestreitet das.

Eine unabhängige Ermittlung blieb vorerst aus.

ukrinform.ua: Global Firepower Index: Ukrainische Armee verbessert sich im Ranking

Die ukrainische Armee hat sich im Ranking der mächtigsten Armeen der Welt um einen Platz verbessert. Sie steht im „Global Firepower Index“ auf Platz 29 von 136 Länder der Welt, berichtet 112. Ukraine unter Berufung auf Global Firepower.

Die ukrainischen Streitkräfte befinden sich zwischen Griechenland (Platz 28) und Tschechien (Platz 30). Auf Platz eins stehen nach wie vor die USA, gefolgt von Russland und China. Die israelische Armee rutschte im diesjährigen Ranking auf Platz 16. Polen belegt den Platz 22, Weißrussland 42 und Ungarn 57. Die schwächste Armee hat Butan.

Die Länder mit Atomwaffen und NATO-Mitglieder erhielten im Ranking Bonus-Punkte.

Nachmittags:

Dan-news.info: **Seit dem Inkrafttreten des „Osterwaffenstillstands“ am 30. März wurden 14 friedliche Einwohner der DVR durch ukrainischen Beschüsse verletzt**, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Das GZKK teilte weiter mit, dass seit der letzten Runde der Minsker Verhandlungen am 4.

April durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 70 Häuser und 5 Infrastrukturobjekte beschädigt oder zerstört wurden. Auf das Territorium der Republik wurden 7049 Geschosse abgeschossen, dies entspricht 30 Tonnen oder 515 Kisten. Insgesamt haben die ukrainischen Streitkräfte seit Beginn des „Oster“-waffenstillstands **41 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Ukrinform.ua: Außenministerium über Vereinbarungen von Minsk: Russland braucht den Krieg

Das Außenministerium der Ukraine sieht keine Anzeichen für die Umsetzung der

Vereinbarungen von Minsk durch Russland, weil die Angriffe der Terroristen in der Ostukraine andauern.

Das erklärte die Sprecherin des Außenamtes Marianna Betsa auf Twitter. „Keine Anzeichen für die Umsetzung von „Minsk“ durch Russland. Russland braucht den Krieg. 45 Angriffe im besetzten Donbass, drei ukrainische Soldaten wurden verwundet, einer kam ums Leben“, schrieb Betsa.

de.sputniknews.com: In der nächsten Zeit: Russland-Sanktionen nicht im US-Visier
Die russische Botschaft in Washington hat laut einer Quelle im Außenministerium Russlands eine Bekanntmachung aus der Administration des US-Präsidenten Donald Trump bekommen, laut der in der nächsten Zeit keine weiteren Russland-Sanktionen verhängt werden.
„Ich bestätige, dass die Botschaft Russlands darüber informiert worden ist, dass es in der nächsten Zeit keine Sanktionen geben wird“, so die Quelle gegenüber Journalisten....

Ukrinform.ua: US-Außenministerium bestätigt Vorbereitung neuer Sanktionen gegen Russland

Neue Sanktionen gegen Russland werden derzeit in der US-Administration behandelt, erklärte am Dienstag in Washington die Sprecherin des US-Außenministerium, Heather Nauert, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

Sie präzisierte, dass es sich um neue Einschränkungen „gegen die Russen und die russischen Institutionen“ handelt, und dieses Thema werde in der US-Administration „auf interministerieller Ebene“ behandelt. Zum heutigen Stand habe das US-Außenministerium keine offiziellen Annoncen zu diesem Thema, obwohl die Besprechung neuer Sanktionen nicht aufhöre, teilte Heather Nauert mit.

Sie erinnerte an die am 6. April verhängten neuen US-Sanktionen gegen die russischen Oligarchen, auch gegen einige russische Unternehmen, die an Lieferungen von Rüstungsgütern nach Syrien beteiligt waren.

Nauert weigerte sich, die Aussagen der Ständigen Vertreterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, zu kommentieren, die am Sonntag erklärte, die US-Administration sei bereit, schon am Montag neue Sanktionen gegen Russland für seine Unterstützung des blutigen Assad-Regimes zu verhängen.

Am Montag erklärte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Sarah Sanders, dass Sanktionen gegen Russland bald angekündigt werden.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **neun Ortschaften** beschossen. Der Feind hat 54 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgeschossen, außerdem hat er mit Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften** barbarisch beschossen. Während des Beschusses verwendete der Feind Artillerie, Mörser verschiedenen Kalibers und schoss 105 Mörser- und Artilleriegeschosse ab. Außerdem nutzte der Feind Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen.

In Richtung Mariupol hat der Feind die Gebiete von zwei **Ortschaften** beschossen und 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt haben die ukrainischen terroristischen Formationen in den letzten 24 Stunden **27 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Gestern um 15:40 haben ukrainische Banden **zielgerichtet einen Bus mit Arbeitern der diensthabenden Schicht der Donezker Filterstation beschossen**. Das Fahrzeug mit Zivilisten fuhr aus Richtung DFS nach Jasinowataja, in der Folge wurden **fünf Menschen verletzt**.

Außerdem wurden nach genaueren Informationen in der Folge von Beschüssen am 17. April zwei Häuser in Sajzewo und ein Haus in Schirokaja Balka beschädigt.

Heute Morgen haben die ukrainischen Kämpfer Kominternowo beschossen, auf das sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen wurden, in der Folge eines direkten Treffers wurde ein Wohnhaus in der Achmatow-Straße 81 zerstört und eine Stromleitung beschädigt. Die Folge ist die, dass die Ortschaft zeitweilig keinen Strom hat, die Störungsdienste führen bereits Wiederaufbauarbeiten durch.

Die Heimtücke, Systematik und Hartnäckigkeit, mit der die ukrainischen Kriegsverbrecher Beschüsse nicht nur von Wohngebieten der DVR, sondern auch von Fahrzeugen, die Mitarbeiter der DFS, die deren Funktionsfähigkeit sichern, befördern, durchführen, bestätigen deren planmäßigen Charakter.

Das ukrainische Kommando demonstriert offen seine Missachtung der erreichten Vereinbarungen über eine Einhaltung des Regimes der Feueinstellung. Mehr noch, der Gegner tut alles ihm Mögliche, um eine **humanitäre Katastrophe** auf dem Territorium der Republik und auf den zeitweise von Kiew kontrollierten Territorien des Donezker Oblast hervorzurufen.

Derzeit stellen wir die Vorbereitung einer **weiteren Provokation** von Seiten der ukrainischen Besatzer fest, deren Ziel ein **Vordringen in die „graue Zone“ sowie eine Besetzung der Donezker Filterstation** ist.

Ich warne direkt, dass die Aktion von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist und zahlreiche Opfer unter den ukrainischen Kämpfern sowie friedlichen Einwohnern bringen wird.

Aber alles der Reihe nach.

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, haben es die ukrainischen Strafruppen gestern durch den Beschuss des Busses mit der DFS-Schicht und die Verletzung von fünf Arbeitern erreicht, dass die Führung von „Woda Donbassa“ angesichts des Fehlens einer Möglichkeit zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Mitarbeiter die Entscheidung getroffen hat, die Filterstation zeitweise abzuschalten und stillzulegen.

Diese Handlungen ziehen eine **vollständige und alternativlose Abschaltung der Wasserversorgung des zeitweise besetzten Awdejewka** nach sich, wo etwa 100.000 Menschen und die Awdejewker Kokerei keine Wasserversorgung haben werden.

In diesem Zeitraum werden Spezialoperationskräfte der Besatzer herangezogen sowie das Zentren für informationspsychologische Operationen. Mit ihren Aktivitäten werden die Strafruppen versuchen, unsere Republik als Aggressor auszugeben, der den friedlichen Einwohnern von Awdejewka das Wasser entzieht. All dies wird von gefälschten Aufnahmen von Folgen der humanitären Situation begleitet werden. Dazu ist geplant, dass schnell einige

Gruppen angeheuerter Journalisten aus der Ukraine und von ausländischen Informationsagenturen in der Stadt eintreffen. Die Koordination der Aktivitäten der Journalisten in Awdejewka wird Oberstleutnant Melnitschuk übernehmen, der unter der Legende eines Redakteurs des mobilen Pressepunktes des Stabs der sogenannten „ATO“ arbeitet, aber tatsächlich Leiter einer Abteilung des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen ist.

In der nächsten Etappe sollen auf Anfrage des verbrecherischen ukrainischen Regimes in Awdejewka **dringend Vertreter internationaler Organisationen eintreffen: IKRK, OSZE und die sogenannten „Weißhelme“** werden die humanitäre Katastrophe festhalten und die Weltöffentlichkeit darüber informieren. Als Ergebnis wird die DVR als Schuldige an allen Übeln ausgerufen werden.

Und zum Abschluss werden Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte unter Deckung des

Informationsgetöses und der Beschuldigungen aktive Kampfhandlungen zur **Einnahme unserer Positionen im Gebiet der DFS und in der Nähe liegender Ortschaften in der Umgebung von Gorlowka und Donezk** beginnen.

Hauptziel der Einnahme der DFS ist die Einnahme von Positionen mit gut ausgerüsteten Schutzräumen sowie von Territorien, von denen aus es möglich ist, unerwidert mit Artillerie und Mörsern auf unsere Republik zu schießen. Unerwidert, weil die Streitkräfte der DVR das Feuer nicht auf chemisch gefährliche Objekte eröffnen, bei denen Störungen zu Opfern unter der friedlichen Bevölkerung führen. Das wollen die ukrainischen Terroristen nutzen.

So ist die friedliche Bevölkerung von Awdejewka ein weiteres Mal zu Geisel und zum Instrument der Besatzer geworden, die sie zur Verbesserung ihrer militärischen Lage und für Schläge auf friedliche Ortschaften unserer Republik nutzen.

Dabei kümmern sich die Kriegsverbrecher der Ukraine überhaupt nicht darum, dass im Verlauf dieser Provokationen in Awdejewka Kleinkinder und alte Leute sterben könnten, die entfernt von den vermutlichen demonstrativen humanitären Aktionen mit Ausgabe von Trinkwasser „vor der Kamera“ leben.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, nicht abzuwarten, bis Awdejewka das Wasser entzogen wird, sondern unmittelbare Maßnahmen zur Einstellung des Feuers im Gebiet der DFS zu unternehmen. Und von der ukrainischen Regierung die Gewährleistung von Sicherheitsgarantien für die Arbeiter der DFS und die Bestrafung der am Beschuss des Busses mit der Arbeitsschicht der Station am 17. April Schuldigen zu erreichen.

Dnr-online.ru: Fragen von Journalisten und Antworten bei der Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Auf Fragen von Journalisten kommentierte Eduard Basurin den gestrigen Fall des zielgerichteten Beschusses von historischer und Militärtechnik, die für die Siegesparade in Lugansk vorgesehen ist

„Was uns betrifft, so haben wir diese Technik nie an einem Ort zusammengestellt. Sie wird an verschiedenen Orten vorbereitet, die Übungen finden an verschiedenen Orten statt. Deshalb kann nicht davon die Rede sein, dass ein Beschuss dieser Technik erfolgt und sie nicht an der Parade teilnehmen kann – das wird es nicht geben. Wir werden eine solche Provokation nicht zulassen“, kommentierte Eduard Basurin.

Nach Informationen der Aufklärung der Volksmiliz der DVR bereiten sich die ukrainischen Streitkräfte auf eine aktive Phase von Kämpfen vor. Dies kommentierte Eduard Basurin auf Fragen von Journalisten hin.

„Uns sind Pläne bekannt, wann dieses „Getöse“ aufhört, wann bestimmte Aktivitäten beginnen werden, nicht nur zur Besetzung von „grauen Zonen, sondern auch von gewissen Punkten, die wir kontrollierten. Ich wies darauf hin, dass dies nicht nur in Richtung Donezk sondern auch in Richtung Gorlowka der Fall ist. Bei ihnen endet jetzt die sogenannte ATO. Gemäß unseren Informationen gibt es nur eine Schlussfolgerung – die **Ukraine bereitet sich auf eine aktive Phase der Kämpfe vor**. Sie wollen ihre Streitkräfte gegen friedliche Bürger einsetzen“, sagte er.

de.sputniknews.com: Russische Hyperschallwaffen? US-General ruft auf: „Sie sollten Putin glauben“

Der Kommandeur des US Strategic Command General John E. Hyten hat laut dem Portal Defense News bestätigt, dass Russland und China Tests von Hyperschallwaffen durchführen. „Ich werde Ihnen keine Details über die Mittel nennen, die wir dafür einsetzen und ich werde keine technischen Eigenschaften bezüglich der Möglichkeiten dieser Raketen nennen“, sagte Hyten.

„Aber ich kann Ihnen sagen, dass Russland und China die Hyperschallmöglichkeiten neuer

Waffen testen.“

„Sie sollten (dem russischen Präsidenten) Wladimir Putin glauben“ sowie seinen Erklärungen darüber, „dass er daran arbeitet“.

Er verwies darauf, dass die USA in den letzten Jahren ebenfalls Hyperschallwaffen getestet hätten. „Diese waren nicht völlig erfolgreich“, betonte der General. Er äußerte seine Hoffnung, dass die gemachten Fehler berücksichtigt sowie die Entwicklungen in dieser Richtung fortgesetzt werden würden.

Am 1. März hatte Präsident Wladimir Putin in seiner Ansprache an die Föderale Versammlung über in Russland entwickelte neueste Waffensysteme, darunter Hyperschallwaffen, berichtet. Der russische Staatschef stellte den Raketenkomplex „Sarmat“, eine Unterwasserdrohne, einen atomgetriebenen Marschflugkörper, das luftgestützte Raketensystem „Kinschal“ (dt. „Dolch“) und eine Laserwaffe vor.

Das russische Staatsoberhaupt betonte dabei, dass Russland niemanden bedrohe und auch niemanden anzugreifen gedenke. Die neuen Waffen würden ausschließlich existieren, um „die Sicherheit des Landes zu gewährleisten“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31975/97/319759753.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt **äußerst angespannt**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen trotz des geltenden „Osterwaffenstillstands“ im Rahmen von vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung mehr als 110 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowka, Kalinowo und Shelobok**. Die ukrainischen Strafruppen haben bei dem Beschuss 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

Ich will anmerken, dass der gestrige Beschuss von Lugansk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte eine Provokation war. Die ukrainischen Faschisten haben von der Volksmiliz der LVR erwidernde Handlungen erwartet, wonach es möglich gewesen wäre, uns des Bruchs des „Osterwaffenstillstands“ und der Minsker Vereinbarungen im Ganzen zu beschuldigen. Aber die Volksmiliz der LVR hat weise Zurückhaltung gezeigt, das Feuer auf die feindlichen ukrainischen Positionen wurde nicht eröffnet. Nach einem weiteren gescheiterten Versuch uns

zu provozieren, hat das beschränkte ukrainische Kommando die Entscheidung getroffen, eine hektische Aktivität in den verlogenen und käuflichen ukrainischen Massenmedien zu entfalten.

Wir sehen ein weiteres Mal einen unbeholfenen Versuch der Rechtfertigung, der durch den verzerrten Inhalt der Erklärungen des sogenannten Presse zentrums des Stabs der „ATO“ bestätigt wird.

Der Stab der „ATO“ hat erklärt, dass die ukrainischen Kämpfer angeblich nicht an dem Beschuss von Lugansk, bei dem die Technik der Volksmiliz der LVR, die für die Parade des Sieges vorgesehen war, beteiligt waren. Was dem offiziellen Bericht der OSZE-Mission für den 17. April widerspricht, in dem angegeben wird, dass die Beobachter, die sich in Staniza Luganskaja befanden, um 01:55 Zeugen der Anwendung von verbotenen Waffen durch die ukrainischen Streitkräfte wurden. Im einzelnen hörten sie 18 Detonation, die als Schüsse der ukrainischen Artillerie 1-2 km nordwestlich bewertet wurden. Wenn Sie auf die Karten schauen, so sehen Sie, dass dies das Gebiet von Makorowo ist. Im Verlauf der Beobachtung aus Lugansk hörten die Beobachter 15 Detonationen 7km südöstlich, das ist das Gebiet von Wwusch. Dabei will ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir nur offizielle Quellen verwendet haben, um die Kriegsverbrecher und Terroristen der Ukraine der Lüge zu bezichtigen. Geschosse hat die Artillerie aus dem Gebiet der 80. Luftsturmbrigade, die Schworak kommandiert, ein Nationalist aus Lwow.

Faktisch spuckt die ukrainische Regierung auf alle Vereinbarungen und hat ein weiteres Mal bewiesen, dass der Ukraine nicht getraut werden kann! Sie haben bestätigt, dass die derzeitige Regierung illegitim, inkompetent und klar antiukrainisch ist.

Genauso gemein und jämmerlich handelt die ukrainische Regierung auch in der politischen Arena, sie versinkt in Betrug, stellt sich als Opfer dar, um eine weitere milliardenschwere Tranche zu erhalten, damit diese von den Poroschenko nahestehenden Beamten unterschlagen werden kann.

Ich erinnere daran, dass mit Beginn des „Osterwaffenstillstand“ **am 30. März bis heute** die ukrainischen Streitkräfte mehr als 860 Geschosse mit verbotenen Waffen auf unsere Republik abgeschossen haben. Die Aggression der ukrainischen Kämpfer hat das **Leben von zwei Soldaten der Volksmiliz der LVR gekostet, weitere neun wurden verletzt.**

Ich rufe die OSZE-Mission ein weiteres Mal auf, sich daran zu erinnern, was für eine Mission Sie hier erfüllen, es ist eine einzige – die Beobachtung und Unterstützung einer stabilen Lage im Südosten der Ukraine.

Die verbrecherische Kiewer Regierung demonstriert ein weiteres Mal ihre Absicht, den Konflikts im Donbass auf gewaltsamen Weg zu lösen. Von unserer Aufklärung wurde eine Konzentration von Kräften und Mitteln des Gegners festgestellt, sowie die Heranziehung teurer ausländischer Söldner zur Vernichtung des eigenen Volks.

Am 15. April wurde im Gebiet von Katerinowka die Ankunft von 12 Scharfschützen zur Verstärkung der 10. Gebirgssturmbrigade bemerkt. Sie alle sind **ausländische Söldner, vermutlich aus Georgien und Litauen.**

Nach den Worten örtlicher Einwohner haben sich in Solotoje und Popasnaja in der letzten Zeit die Fälle von Diebstahl, Plünderung und Raub gehäuft. Urheber der Rechtsverletzungen sind die Banditen aus der 10. Brigade. Ich kann annehmen, dass dies mit dem baldigen Abzug der durch den Krieg gegen das eigene Volk erschöpften Kämpfer zusammenhängt und dem Wunsch sich mehr Raubgut anzueignen.

Der moralisch-psychische Zustand der ukrainischen Kämpfer fällt zielstrebig ab, trotz der zunehmenden Besuche von Psychologen in den Einheiten in der „ATO“-Zone. Wir stellen täglich Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten fest, die mit Alkohol- und Drogenmissbrauch zusammenhängen.

Am 16. April haben drei Soldaten der 80. Luftsturmbrigade im Gebiet von Staniza Luganskaja in betrunkenem Zustand eigenmächtig ihre Positionen verlassen und dabei einen

Schützenpanzer mitgenommen. Weit sind sie nicht gekommen. Da sie mit der Lenkung nicht zurechtkamen, trafen sie auf einen Strompfeiler, der Schützenpanzer stürzte in den Straßengraben und kippte um. In der Folge des Unfalls starb einer der Soldaten, zwei wurden verletzt.

Die Volksmiliz der LVR hält die übernommenen Minsker Vereinbarungen vollständig ein, aber im Fall einer Aktivierung der Kämpfe von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wird sie gezwungen sein adäquat zu reagieren und das Feuer zur Ausschaltung der Kampfmittel des Gegners zu eröffnen.

de.sputniknews.com: **UN-Sicherheitsteam unter Beschuss im syrischen Duma geraten – TV-Sender**

Mitglieder eines UN-Sicherheitsteams sind unter Beschuss im syrischen Duma geraten, meldet der Fernsehsender Sky News unter Berufung auf den Chef der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) am Mittwoch.

„Der OPCW-Chef hat erklärt, dass das Sicherheitsteam der Vereinten Nationen unter Beschuss im syrischen Duma geraten ist“, so der Fernsehsender via Twitter.

Zuvor war berichtet worden, dass der Einsatz von OPCW-Experten in Duma wegen eines Schusswechsels in der ehemaligen Rebellen-Hochburg verschoben worden sei.

Oppositionelle syrische Internetportale hatten zuvor über einen Chlorgas-Einsatz mit Dutzenden Toten in der damals noch von Rebellen kontrollierten Ortschaft Duma östlich von Damaskus berichtet, jedoch keine Beweise vorgelegt.

Ihre Informationen wurden schnell von westlichen Medien und Spitzenpolitikern aufgegriffen, die die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für die angebliche Attacke verantwortlich machten. Damaskus bestreitet das. Eine unabhängige Ermittlung blieb vorerst aus.

Ukrinform.ua: **Ukrainischer Vertreter bei EU: Nord Stream-2 brauchen nur Gazprom und einige deutsche Unternehmen**

Der Bau der durch den Kreml lobbiierten Gaspipeline Nord Stream-2 stelle eine Gefahr für Europa dar und sei ökonomisch unzweckmäßig, erklärte der Vertreter der Ukraine bei der Europäischen Union, Mykola Totschyzkyj, in einem Interview für die Brüsseler Ausgabe EurActiv.

„Erstens, ich sehe keinen Bedarf an dem Bau von „Nord Stream-2“. EU-Länder sollen das ukrainische Gastransportsystem benutzen. Auch aus der Sicht der Sicherheit ist das sehr riskant“, sagte der Botschafter.

Er betonte, dass das ukrainische Gastransportsystem alle mitteleuropäischen Länder mit dem russischen Gas versorgt.

„Nord Stream-2 würde bedeuten, dass nur Gazprom und Deutschland die Möglichkeit einer Entscheidungsfindung haben werden. Ich sehe keinen Bedarf und kein Interesse an Nord Stream-2, außer für Gazprom und einige deutsche Unternehmen“, sagte Totschyzkyj.

Der ukrainische Botschafter erinnerte daran, wie Russland die „Gas-Waffe“ verwendet, wie es das letzte Mal im März passierte.

Dnr-online.ru: **Mitarbeiter des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“** mussten in den letzten 24 Stunden mehrfach operativ Stromleitungen reparieren, die durch Geschosse der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurden, teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit.

Am 17. April um 8:31 wurde eine Hochspannungsleitung durch zahlreiche Geschosssplitter mehrfach beschädigt, in Schirokaja Balka fiel teilweise der Strom aus. Störungsbrigaden haben die Leitung operativ repariert und um 13:23 wieder in Betrieb genommen.

Um 11:50 am gleichen Tag wurde eine Hochspannungsleitung beschädigt, was dazu führte, dass die Funktion der Pumpstationen 3. Ebene 3A und Majorsk eingestellt wurde. Für die Untersuchung der Leitung in ihrer gesamten Länge und die Durchführung der notwendigen Reparaturen wurden mehrere Stunden benötigt, um 16:23 wurde sie wieder in Betrieb genommen.

Am 18. April um 1:50 war die Zugunterstation „Jasinowataja“ von einem Artillerieschlag betroffen, die Stromversorgung des Bahnhofs fiel vollständig aus. Um 2:30 haben Energietechniker eine Notstromversorgung für die Objekte eingerichtet, jetzt werden die Einrichtungen untersucht und der Umfang der Schäden festgestellt.

de.sputniknews.com: Untersuchung von OPCW und London: Herkunftsland des Skripal-Gifts nicht festgestellt

Der britische Botschafter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) Peter Wilson hat erklärt, dass die Untersuchung der Organisation und Großbritanniens das Herstellungsland des in Salisbury verwendeten Gifts nicht nachweisen konnte. Laut dem Chef des OPCW-Labors Marc-Michael Blum ist aber auch keine Rede von dem Giftstoff BZ. Laut Wilson entnahmen zwei Labors im Auftrag der OPCW Umweltproben und zwei weitere Labors biomedizinische Proben. Alle vier Proben sollen toxische Chemikalien enthalten. Laut Wilson stellten sowohl die Labors von britischen Behörden als auch die im Auftrag der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW) tätigen Laboratorien anhand der entnommenen Proben den Einsatz des Nervengifts vom Typ „Nowitschok“ sicher. Dabei entnahmen zwei Labors im Auftrag der OPCW Umweltproben und zwei weitere biomedizinische Proben, wobei alle toxische Chemikalien vom Typ „Nowitschok“ aufweisen sollen, so Wilson.

"Wir glauben, dass nur Russland das technische Know-how, die Erfahrung und ein Motiv hat, um die Skripals als Ziel auszuwählen", fügte Wilson hinzu.

Dabei sei in den in Salisbury entnommenen Proben der Giftstoff BZ nicht festgestellt worden, teilte der Chef des OPCW-Labors Marc-Michael Blum mit....

Lug-info.com: „Selbst am Tag des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk halten die ukrainischen Streitkräfte die übernommenen Vereinbarungen nicht ein. Um 5:40 wurde ein Beschuss aus Richtung Popasnaja mit einem 120mm-Mörser auf die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Perwomajsk** durchgeführt und um 13:05 mit Antipanzergranatwerfern die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Kalinowka** aus Richtung Luganskoje.

de.sputniknews.com: Nach Gespräch mit Merkel: Kurz zu Syrien: „Alles tun, um Eskalation zu verhindern“

Nach seinem Gespräch mit seiner deutschen Amtskollegin Angela Merkel hat sich Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz via Twitter zur Situation in Syrien geäußert.

„Vorhin konnte ich mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Lage in Syrien sprechen“, twitterte Kurz. Ihm zufolge kann es keine militärische Lösung für den Konflikt geben.

„Wir sind uns einig“, präzisierte er.

„Wir müssen alles tun, um eine weitere Eskalation, vor allem zwischen den USA und Russland, zu verhindern, und den diplomatischen Friedensprozess vorantreiben“, schrieb Kurz weiter.

Dan-news.info: „Um 13:30 haben die Energietechniker die Arbeiter zur Wiederinbetriebnahme der durch Beschüsse beschädigten Stromleitung in Kominternowo abgeschlossen, die Stromversorgung funktioniert wieder“, teilte der Leiter der Verwaltung des

Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

de.sputniknews.com: China bezeichnet ehemaligen ukrainischen Flugzeugträger als mangelhaft

Der von der Ukraine abgekaufte Flugzeugträger „Warjag“, der in China in „Liaoning“ umbenannt wurde, weist auch nach seiner Renovierung und Modernisierung bestimmte Mängel auf. Darüber berichtet die Zeitung „Asia Times“.

Die Zeitung verweist auf einen Bericht des Chinesischen Staatsfernsehens CCTV und zitiert unter anderem die Äußerung eines erfahrenen chinesischen Piloten, dem zufolge die Landung auf das Deck des Flugzeugträgers mit wesentlichen Schwierigkeiten verbunden ist: „Ein bisschen Glück plus ein starker Körper und Geist“ seien notwendig, um ein Flugzeug sicher auf dem Deck von Chinas einzigem Flugzeugträger zu landen.

Die wichtigsten Geräte und Systeme am Bord des Flugzeugträgers wurden nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums im Land entwickelt und gebaut. Allerdings sei der Rahmen für weitere Renovierungen und die Vervollkommnung aufgrund struktureller Einschränkungen und „angeborener“ Mängel eingeschränkt. Daher sei die Volksbefreiungsarmee sich nicht sicher, ob sie ihre Flotte mit schiffgestützten Kampfflugzeugen aufzurüsten soll.

Zudem liege das Schiff mit seinen Dampfturbinen und seiner Höchstgeschwindigkeit von 28 Knoten (51,9 km/h) deutlich hinter den vielen nuklearbetriebenen Trägern der USA.

Der erste chinesische Flugzeugträger „Liaoning“ war auf der Basis des unvollendeten Flugdeckkreuzers „Warjag“ auf der Werft in der Hafenstadt Dalian gebaut worden, der 1998 von der Ukraine an China verkauft worden war. Nach jahrelangen Modernisierungsarbeiten wurde „Liaoning“ schließlich in Betrieb genommen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32038/34/320383439.jpg>

Dnr-online.ru: Heute gegen 15:00 fuhr eine Kolonne aus Jasinowataja gemeinsam mit **Vertretern der OSZE und des Zivilschutzministeriums der DVR und Mitarbeitern der Station zur Evakuierung der Mitarbeiter der Filterstation.**

Trotz des Waffenstillstands und den abgestimmten zusätzlichen Sicherheitsgarantien für alle Personen, die für die Evakuierung herangezogen werden, hat die ukrainische Seite heute um 14:50 das Feuer aus Richtung Awdejewka auf Jasinowataja mit Mörsern des Kalibers 82mm, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet, teilt die Vertretung der DVR

im GZKK mit.

Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess erbat eine zusätzliche Waffenruhe, aber die ukrainischen Soldaten beschießen weiter das genannte Gebiet. Wir merken an, dass die ukrainische Seite den Abstimmungsprozess verzögert hat. Die Sicherheitsgarantien wurden erst heute um 12:40 gewährt, obwohl die OSZE-Mission sie gestern, am 17. April, angefragt hat.

Dnr-online.ru: In der Folge der Stilllegung der Donezker Filterstation ist die Einstellung der Wasserversorgung für mehr als 400.000 Verbraucher möglich, in der Folge kann es zu einer Gefahr für die sanitär-epidemiologische Situation in der Region kommen. Dies erklärte heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez.

„Der gestrige Beschuss von Mitarbeitern der DVR hat die reale Gefahr für das Leben des Personals der Station demonstriert, der sie seit Beginn des Konflikts im Donbass ausgesetzt sind. Wir hoffen, dass dieser Fall und diese weiteren Ereignisse, die mit der Arbeit der DFS zusammenhängen, auf der heutigen Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk behandelt werden. Bisher ist geplant, den Prozess der Stilllegung der Station mit einer folgenden Konservierung zu beginnen“, teilte der Minister mit.

Nach seinen Worten wird ein Stopp der Station zu einer Einstellung der Wasserversorgung, zur Verwendung von Wasser verminderter Qualität aus anderen Quellen durch die Bevölkerung führen und entsprechend zur Gefahr einer Verschlechterung der sanitär-epidemiologischen Situation in der Region. Die Wasserversorgung der Bezirke Leninskij, Kujbyschewskij, Kirowskij, Petrowskij von Donezk sowie eines erheblichen Teils von Jasinowataja wird verringert werden. Vollständig wird die Wasserversorgung in Awdejewka und einer Reihe von Ortschaften des Jasinowataja-Bezirks sowohl auf dem Territorium der DVR als auch dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium.

de.sputniknews.com: "Russland ist Supermacht" - Kurz nach Telefonat mit Putin

In vielen Fragen der internationalen Politik versucht sich Österreich möglichst neutral zu positionieren. Entsprechend dieser politischen Linie hat der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz heute sowohl mit der deutschen Regierungschefin Angela Merkel als auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert.

Wie Kurz nach dem Telefonat mit Putin auf seinem Twitter mitteilte, sei Russland ein "wichtiger Player in Syrien" sowie eine "Supermacht".

Daher müsse Russland zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes eingebunden werden. Daher habe er das Telefonat mit Putin geführt — das Ziel seien dabei "vertrauensbildende Schritte hin zu einer Deeskalation".

Darüberhinaus habe er Österreich als einen Ort für zukünftige Verhandlungen angeboten.

Nur eine Stunde zuvor hatte Kurz auch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel telefoniert.

Nach dem Telefonat mit der deutschen Regierungschefin schrieb er ebenfalls auf seinem Twitter, dass eine reine militärische Lösung des Konfliktes in Syrien unmöglich sei.

Es müsse alles getan werden, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Dnr-online.ru: Heute um 16:00 haben Ingenieure mit den Maßnahmen zur Stilllegung an der Donezker Filterstation begonnen, die etwa zwei Stunden in Anspruch nehmen werden.

Danach wird das Zivilschutzministerium der DVR mit Unterstützung der OSZE-Mission die Evakuierung des Arbeitspersonals beginnen.

Derzeit ist eine vorläufige Vereinbarung getroffen worden – die Funktion der Station für fünf Tage einzustellen, die Verbraucher auf Ersatzwasserversorgung umzuschalten. Die Führung und die Mitarbeiter der Station äußern die Hoffnung, dass fünf Tage ausreichend sind, um die Situation zu stabilisieren und eine prinzipielle Entscheidung über die Gewährleistung der

Sicherheit ihrer Arbeit zu treffen.

Außerdem hat die OSZE-Mission die Bereitschaft geäußert, ein verstärktes Monitoring während des Personalwechsels um 8:00 und um 16:00 täglich auf ständiger Grundlage wieder aufzunehmen.

Dnr-online.ru: 17:20 – der Prozess der vorübergehenden Stilllegung der Donezker Filterstation ist abgeschlossen, das Personal hat die Station verlassen, die Evakuierung ist abgeschlossen, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Ukrinform.ua: Donezker Wasserfilterstation außer Betrieb: Fünf Mitarbeiter nach Beschuss in Krankenhaus

Der Betrieb in der Donezker Wasserfilterstation wird vorübergehend eingestellt.

Fünf verletzte Mitarbeiter der Station befinden sich in einem Krankenhaus, sie wurden operiert, gab das kommunale Unternehmen „Wasser des Donbass“ bekannt. Die Menschen wollen unter solchen Bedingungen nicht arbeiten, so das Unternehmen. Wie es weiter gehen werde, sei ungewiss.

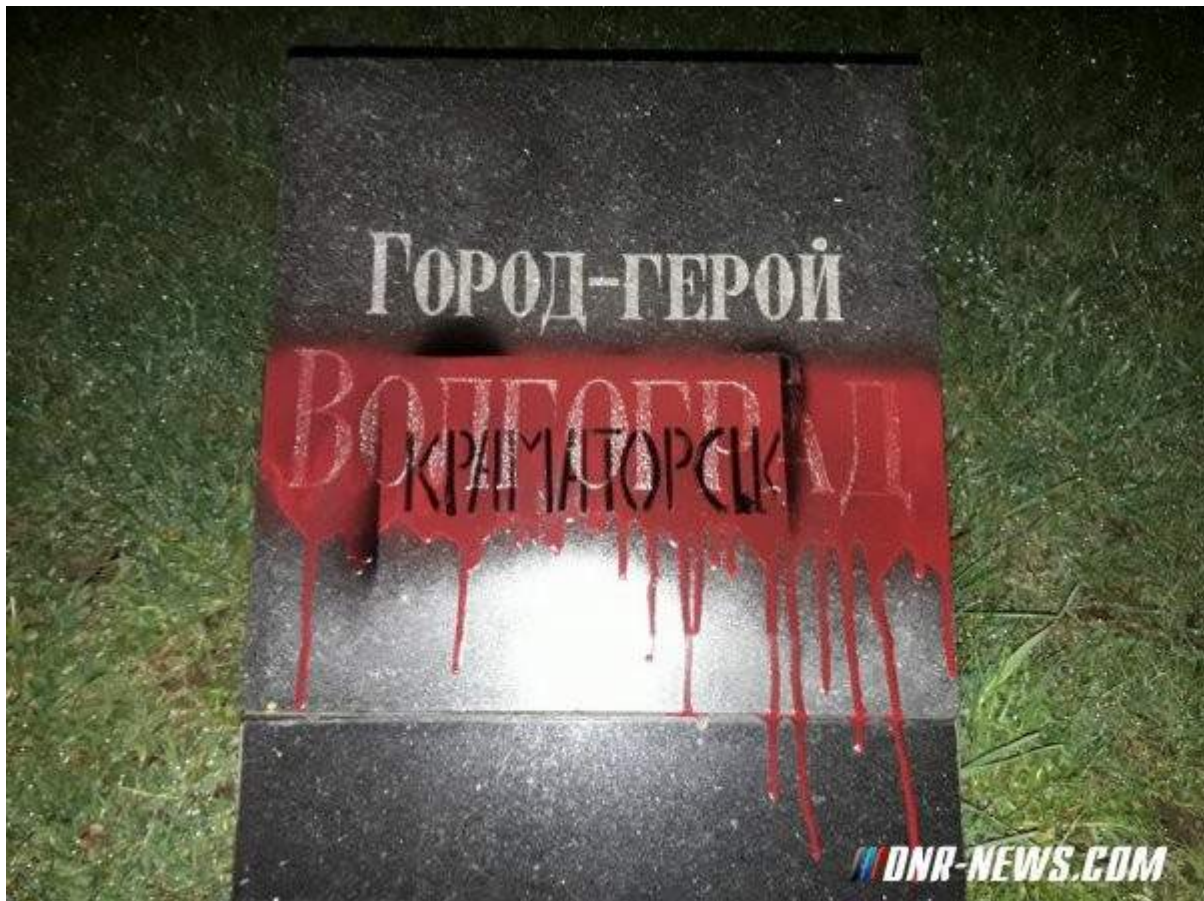
Fünf Arbeiter der Wasserfilterstation wurden am 17. April beim Beschuss eines Werksbusses verletzt.

Dnr-news.com: Ukrainische Neonazis beschmierten die Namen der Heldenstädte in der Allee des Ruhms in Odessa

Die Mitglieder der ukrainischen neonazistischen Gruppierung „S14“ übermalten die Namen der Heldenstädte in der Allee des Ruhmes in Odessa und schrieben Namen von Städten in der „ATO“-Zone darauf. Dies wird auf der Facebook-Seite der Organisation berichtet.

„Wir haben die Allee des Ruhmes aktualisiert, indem wir für die Ukraine fremde Städte durch heldenhafte und tragische Orte des modernen ukrainisch-russischen Krieges ersetzt haben.

Anstelle der russischen Heldenstädte in der Allee gibt es jetzt Inschriften wie „DAP“, „Ilowaisk“, „Debalzewo“, „Kramatorsk“ und „Mariupol“. Das sind Inschriften, die den Ukrainern viel mehr bedeuten als ‚Tula‘ oder ‚Smolensk‘“, wurde bei „S14“ erklärt.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524046274_30741516_391119587964528_1282188761577058750_n.jpg

de.sputniknews.com: **Ukraine will Krim „zurückgewinnen“ – Kreml kommentiert**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat den vom ukrainischen Innenminister Arsen Awakow vorgestellten Plan für die Rückgewinnung der Krim und des Donbass unter Kiews Kontrolle kommentiert.

„Sie wissen, dass es die Minsker Abkommen gibt, die Probleme des Donbass können gerade durch die allgemeine Einigung und durch die Umsetzung der Minsker Abkommen gelöst werden“, sagte Peskow.

Peskow merkte an, Kiew blockiere völlig die Umsetzung der Minsker Abkommen.

„Was die Krim angeht, halten wir eine solche Erwähnung der Krim für unangebracht. Die Krim ist eine Region Russlands. Das Schicksal der russischen Regionen wird mit keinem anderen Staat besprochen“, unterstrich Peskow.

Zuvor hatte Awakow erklärt, er habe mit dem Unterstaatssekretär des US-Außenministeriums Wess Mitchell einen Plan „für die Rückgewinnung der Krim und des Donbass nach einer Step-by-step-Strategie“ erörtert...

Dnr-online.ru: „Für die Einwohner von Donezk und Jasinowataja wird die Situation mit dem Stopp der DFS im Ganzen keine Auswirkungen auf ihr tägliches Leben haben. Die Mitarbeiter der Unternehmens haben die Wasserversorgung von der Donezker Filterstation auf die Werchnekalmiuskaja-Filterstation umgeschaltet.

Innerhalb der Städte wird die Wasserversorgung über die städtischen Wasserwerke laufen und entsprechend wird der Umfang der Wasserlieferungen für die Bevölkerung festgelegt. Das heißt, es läuft eine Umverteilung und etwa 95% des Wassers werden durch die Werchnekalmiuskaja-Filterstation kompensiert werden.

Die DFS liegt nicht das erste Mal still, in solchen Fällen steigt die Auslastung der Werchnekalmiuskaja-Filterstation. Aber die Situation ist unter Kontrolle und Leitung sowohl von „Woda Donbassa“ als auch der Führung der Republik im Ganzen. Ich will in diesem Zusammenhang unterstreichen, dass in erster Linie die Bevölkerung von Awdejewka darunter leidet, weil die Wasserlieferungen in Richtung dieser Stadt vollständig eingestellt werden. Das sind auch unsere Bürger und wir tragen für sie eine bestimmte Verantwortung“, unterstrich der stellvertretende Zivilschutzminister der DVR Andrej Agarkow.

de.sputniknews.com: Trump auf dem Durchmarsch: Wie aus Venezuela doch noch ein „zweites Syrien“ wird

Die USA sind eifrig dabei, einen weiteren Konfliktherd auf der Welt anzufeuern. In Südamerika soll noch mehr Chaos geschürt werden. Eine Zeitbombe hat Washington dafür bereits platziert.

Die USA können es nicht abwarten, die Regierung Maduro in Venezuela endlich zu stürzen. Eine von Washington orchestrierte Farbrevolution ist bislang ebenso gescheitert wie ein Putschversuch in dem Land. Nun versuchen es die Amerikaner auf anderem Wege. In der peruanischen Hauptstadt Lima ist vor wenigen Tagen der 8. Summit of Americas, ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs amerikanischer Länder, zu Ende gegangen. Wie zu erwarten war, hat Washington dieses Forum dafür genutzt, eine antivenezolanische Front zusammenzutrommeln.

Ein wenig Geschichte

In der Amtszeit Bill Clintons entwickelte die US-Regierung den Plan, eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland einzurichten, sodass fast eine Milliarde Konsumenten und gigantische Bodenschätze den US-Interessen unterordnet wären. Das Weiße Haus präsentierte diese Idee in einer hübschen Verpackung. Eigens zu diesem Zweck wurde der Summit of Americas ins Leben gerufen. Die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer trafen sich erstmalig im September 1994 in Miami und gaben dem Zukunftsprojekt einen Namen: Free Trade Area of Americas, kurz FTAA.

Keine zehn Jahre später, auf dem IV. Gipfeltreffen in Argentinien 2005, wurde diese Idee begraben. Hugo Chávez, der damalige Staatspräsident von Venezuela, entlarvte den wahren Kern der FTAA. Südamerika schlug einen anderen Kurs ein – einen, der den Interessen der südamerikanischen Länder entsprechen würde. Antreiber dieser Entwicklung waren vor allem Kuba und Venezuela.

Bis 2015 haben die beiden Länder Washington die Initiative bei der Integration Südamerikas entrissen. Unter aktiver Mitwirkung Kubas und Venezuelas sind Alternativen zur FTAA entwickelt worden, mit dem Ziel einer gemeinsamen und unabhängigen Entwicklung aller Länder der Region. Dazu gehört auch die Energieunion „Petrocaribe“, ein Zusammenschluss karibischer Länder, um venezolanisches Öl vergünstigt einzukaufen.

Der von den USA gegründete Summit of Americas blieb als Diskussionsplattform zum Meinungsaustausch weiter bestehen, nur dass die Meinung der Vereinigten Staaten darin seit einiger Zeit nicht mehr die bestimmende ist. Venezuelas unabhängiger Kurs, den Ex-Präsident Chavéz und dessen Nachfolger Nicolás Maduro eingeleitet haben, macht eben Schule: Weitere südamerikanische Länder erheben sich aus ihrer unterwürfigen Haltung gegenüber dem mächtigen Nachbarn im Norden.

Tillerson auf Tour

Im vergangenen Februar ging der damalige US-Außenminister Rex Tillerson auf Südamerika-Tournee, besuchte Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien und Jamaika. Die Medien berichteten über den hochrangigen Besuch, ließen jedoch die wahre Absicht des Weißen Hauses außen vor, nämlich: Tillerson sollte kurz vor dem Summit of Americas eine antivenezolanische Front aufstellen.

Das ist ihm auch gelungen. Das Kräfteverhältnis steht heute nicht zugunsten der Linken, die sich traditionell gegen die Hegemonie der Vereinigten Staaten einsetzen. Kaum war Rex Tillerson wieder abgereist, wurde die Einladung des venezolanischen Präsidenten zum Gipfeltreffen zurückgezogen.

Die übrigen großen Teilnehmerstaaten des VIII. Summit of Americas in Peru (offizielles Motto „Demokratische Führung angesichts von Korruption“) haben eine gemeinsame Verpflichtungserklärung verabschiedet, ein Feigenblatt zum Verdecken eines anderen, deutlich wichtigeren Dokuments, welches den eigentlichen Anlass für Tillersons Südamerika-Tour geliefert hatte: eine „Erklärung zu Venezuela“.

Dieses Papier ist im Grunde ein Ultimatum des Weißen Hauses an den venezolanischen Präsidenten Maduro, das eben in Form einer gemeinsamen Erklärung präsentiert wird. Darin erklären die Unterzeichnerstaaten, sie würden das Ergebnis der am 20. Mai anstehenden Präsidentschaftswahlen in Venezuela nicht anerkennen, sollte die Regierung in Caracas nicht garantieren, dass diese Wahl „frei, fair und transparent“ ablaufen wird. Die USA ihrerseits bestreiten jetzt schon, dass die Wahl in Venezuela frei und fair sein könne.

Außerdem unterstützt die Erklärung ausdrücklich die oppositionelle Nationalversammlung, das venezolanische Parlament, das wegen staatsfeindlicher Tätigkeit von der Regierung aufgelöst wurde. Auch enthält das gemeinsame Dokument einen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, den „Wiederaufbau der Demokratie“ in Venezuela zu unterstützen.

Trump schließt Gewalteininsatz nicht aus

Dass die großen Südamerika-Länder Washington ihre Unterstützung beim Sturz der Regierung in Venezuela quasi schwarz auf weiß bescheinigen, ist umso beunruhigender, als dass Trump einen Gewalteininsatz gegen Caracas öffentlich nicht ausschloss.

Es bleibt also, den 20. Mai abzuwarten. Gewinnt Nicolás Maduro bei der Präsidentschaftswahl, muss sich die Welt womöglich auf ein „weiteres Syrien“ einstellen, diesmal auf südamerikanischem Boden. Die Verbündeten hat Washington jedenfalls schon herbeizitiert, und die Öffentlichkeit wird langsam auf eine mögliche gewaltsame „Lösung“ des Venezuela-Problems vorbereitet.

Trump selbst war beim Gipfeltreffen in Peru übrigens nicht anwesend. Er hatte seinen Stellvertreter, Mike Pence, hingeschickt und damit unzweideutig signalisiert, was er vom „Hinterhof“, wie die südamerikanischen Länder in den USA abfällig genannt werden, wirklich hält.

Dnr-online.ru: Heute, am 18. April hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko den Kindergarten „Wischenki“ in Kirowskoje besucht, der die einzige Vorschuleinrichtung in der Stadt ist, wo es ein Schwimmbecken für die Kinder gibt. An dem Besuch nahmen auch der stellvertretende Ministerratsvorsitzende Dmitrij Trapesnikow und der Bürgermeister von Kirowskoje Sergej Jermakow teil.

Für Alexandr Sachartschenko wurde eine Besichtigung des Kindergartens organisiert. Das Republikoberhaupt besuchte das Schwimmbad, die Küche, die Kindergruppen, die Turnhalle. Er unterhielt sich mit den Kindern und dem Kollektiv der Vorschuleinrichtung.

„Heute haben wir gesehen, wie dieser Kindergarten nach den Beschüssen durch die ukrainischen Streitkräfte wiederaufgebaut wurde. Wir haben erfahren, wie er lebt. Nach den Beschüssen war hier kein Gebäude, sondern Ruinen. Jetzt besuchen Kinder den Kindergarten, sie haben alles Notwendige. Ich bin glücklich, dass wir solche Vorschuleinrichtungen haben, wir finden die Mittel für ihren Wiederaufbau. Natürlich wäre es schön, dass es bei uns in jeder Stadt der Republik solche Kindergärten gäbe, aber alles zu seiner Zeit“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Bundesregierung kündigt Merkels Treffen mit Trump an

Die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung Ulrike Demmer hat am Mittwoch mitgeteilt, wann Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Washington reisen wird, um sich dort mit dem US-Präsidenten, Donald Trump, zu treffen. Außerdem hat sie die Themen genannt, die auf der Tagesordnung des Treffens stehen werden.

„Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am 27. April 2018 nach Washington D.C. reisen und dort zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten, Donald Trump, zusammentreffen“, teilte Demmer mit.

Im Mittelpunkt der Gespräche würden bilaterale Fragen sowie aktuelle außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen stehen.

Ein detailliertes Besuchsprogramm werde rechtzeitig veröffentlicht, so Demmer.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte den Beschluss einer Arbeitsbrigade der Donezker Filterstation durch die ukrainischen Streitkräfte. „Die DFS ist eine Station, die Hunderttausende von Menschen mit Wasser versorgt und die ukrainischen Truppen beschießen sie. Das Gesetz über die Deokkupation, das die Oberste Rada verabschiedet hat, und der Plan der Deokkupation unserer Territorien zeugt davon, dass die ukrainische Regierung sich auf den Krieg vorbereitet. Die Vernichtung der Infrastruktur, der Wasserversorgung – das ist ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Ukraine sich auf weitere Angriffshandlungen vorbereitet.

Die Kiewer Regierung kümmert sich absolut nicht um ihre Bevölkerung auf den von ihnen kontrollierten Territorien. Sie wollen ein Maximum aus dem Projekt „Ukraine“ herauspressen und in nächster Zeit werden wir sie im Ausland sehen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Oligarch Beresowski kooperierte mit britischen Geheimdiensten – Generalstaatsanwalt

Der russische Oligarch Boris Beresowski soll im Fall Litwinenko gemeinsam mit den britischen Geheimdiensten agiert haben. Die Entscheidung, in die Heimat zurückzukehren, habe ihn das Leben gekostet. Dies erklärte der russische Generalstaatsanwalt Juri Tschaika am Mittwoch vor dem Föderationsrat.

Der Offizier des russischen Geheimdienstes FSB und spätere britische Nachrichtendienstler Alexander Litwinenko verstarb 2006 in Großbritannien nach anfänglichen medizinischen Fehldiagnosen und Behandlungen an den Folgen einer Vergiftung mit Polonium 210.

„Obwohl Beresowski eine Schlüsselrolle in dieser Provokation spielte, wurde dieses Szenario nicht von ihm entwickelt. Auch mit all seinen kriminellen Talenten war es für Beresowski physisch unmöglich, Polonium zu bekommen, das ist nicht sein Niveau“, sagte Tschaika.

Der Generalstaatsanwalt ist sich nach eigenen Worten sicher, dass „Beresowski unter Kontrolle der britischen Geheimdienste und in Kooperation mit ihnen handelte. Als er später beschloss, in die Heimat zurückzukehren, musste er mit seinem Leben bezahlen.“

Laut Tschaika konnten die Geheimdienste nicht zulassen, dass der Träger des Geheimnisses über den gegen Litwinenko begangenen Akt des Nuklearterrorismus Großbritannien verlässt und die Geschichte in Russland bekannt wird.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32038/58/320385891.jpg>

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko besuchte heute die Treibhäuser des staatlichen Unternehmens „Treibhäuser des Donbass“ in Sugres. Ihn begleiteten die stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrat der DVR Dmitrij Trapesnikow und Alexandr Timofejew.

Die Führung durch den Komplex führte der Direktor des Unternehmens Riswan Jakubow durch. Alexandr Sachartschenko machte sich mit der derzeitigen Lage der Dinge in dem Unternehmen bekannt, unterhielt sich mit der Führung und dem Kollektiv des Unternehmens. „Es ist schon zu einer Tradition geworden – jedes Jahr die Treibhauswirtschaft zu überprüfen. Wir haben die Tomatensorte gewechselt. Im letzten Jahr waren sie experimentell, in diesem werden sie grundlegend sein. In diesem Jahr rechnen wir damit, dass wir die Bevölkerung zu 40% mit Tomaten aus eigener Produktion versorgen können“, sagte Alexandr Sachartschenko. Der Direktor des staatlichen Unternehmens „Treibhäuser des Donbass“ Riswan Jakubow sagte, dass in diesem Jahr eine große Auswahl an Gemüse angebaut wird: „Wir haben etwa 100 Hektar mit Winterkohl der Sorte Aggressor bepflanzt – das sind 7-8000 Tonnen Ernte, 75 Hektar Zwiebeln – 5000 Tonnen, 25 Hektar Möhren – etwa 1500 Tonnen. Außerdem haben wir Auberginen, Kürbisse, Paprika, rote Rüben angebaut. Außerdem haben wir 55 Hektar mit experimentellen Kartoffelsorten, wenn die Ernte gut sein wird, planen wir im nächsten Jahr 500 Hektar anzubauen. In diesem Jahr rechnen wir damit, 1700 Tonnen Treibhaustomaten zu ernten“.

Das Republikoberhaupt unterstrich, dass die Preise für Tomaten wie im letzten Jahr bleiben werden, 112 Rubel pro Kilogramm. Und die Preise für das Gemüse, das in der Republik angebaut wird, werden erheblich unter den Marktpreisen liegen.

de.sputniknews.com: Syrien: Kämpfen Islamisten aus Ost-Ghuta jetzt im Jemen weiter? Die radikalen Islamisten der Gruppe Dschaisch al-Islam haben Ost-Ghuta verlassen. Sie befinden sich jetzt in einer nordsyrischen Provinz an der Grenze zur Türkei – und wechseln die Seiten.

Die Kämpfer dieser Gruppe seien in einer sehr schwierigen Lage. „Sie befinden sich jetzt in der syrischen Provinz Jarabulus und suchen neue Schirmherren, um nicht zu verhungern. Einige lassen sich von den türkischen Streitkräften anwerben und kämpfen gegen die Kurden“, sagt ein syrischer Beobachter im Sputnik-Interview.

Allerdings misstrauen die türkischen Kräfte den Islamisten:

„Es ist bekannt, dass sie von Saudi-Arabien als Machtmittel in Syrien eingesetzt wurden. Und sie leisteten im Auftrag ihrer Dienstherren einst sehr gute Arbeit, als sie die Vororte der syrischen Hauptstadt besetzten.“

Es sei nun wahrscheinlich, dass die Dschaisch al-Islam als Kämpfergruppe verschwinden werde, so der Experte. „Sie haben Ost-Ghuta ohne schwere Waffen verlassen. Jetzt sind sie in Flüchtlingscamps untergebracht. Vielleicht schließen sie sich irgendeiner anderen Gruppe an. Die Dschaisch al-Islam wird es jedenfalls nicht mehr lange geben.“

Es könne jedoch auch sein, dass Saudi-Arabien sie nach Jemen verlegt. Dort würden dringend frische Kräfte benötigt. „Nur führt der kürzeste Weg dorthin über türkisches Gebiet. Entweder Ankara stimmt der Verlegung zu, oder Saudi-Arabien muss einen anderen Weg finden“, so der Experte.

Dan-news.info: Großflächige Kontrollen werden in der nächsten Zeit bei privaten Unternehmern der DVR erwartet, die Lebensmittel verkaufen. Dies erklärte heute das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko gegenüber Journalisten.

„Ich will mich an alle Unternehmer wenden, die den Verkauf von Lebensmitteln organisieren. In der nächsten Zeit wird es überall Kontrollen geben“, unterstrich Sachartschenko.

Er erläuterte, dass diese Entscheidung getroffen wurde, weil in Gorlowka bei einem privaten Unternehmer eine große Partie abgelaufener Lebensmittel gefunden wurde, die in Schulen und Kindergärten der Stadt geliefert wurden.

Am 16. April haben Mitarbeiter des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben gemeinsam mit Vertretern der Abteilung für Veterinärkontrolle und Aufsicht des Landwirtschaftsministeriums ein Lager in Gorlowka kontrolliert, in dem abgelaufene Lebensmittel gelagert waren – Fleisch, Fisch, Milchprodukte, Gemüse, Konditoreiwaren. Sie wurden in Mensen von Schulen und Kindergärten der Stadt geliefert.

Abends:

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Nachmittag

13:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo** eröffnet, es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

13:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanjoe auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

13:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje** mit Antipanzergranatwerfern (1 Granatgeschosse), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

14:26 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** eröffnet, es wurden 6 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen.

14:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanjoe auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 58 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen.

14:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 5 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

15:56 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf

Mineralnoje mit großkalibrigen Maschinengewehren, Scharfschützen- und Schusswaffen eröffnet.

Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiterhin aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje**, es wurden weitere drei Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen.

16:20 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

16:30 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo** eröffnet, es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

17:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije** eröffnet, es wurden zehn Schüsse mit Schützenpanzern festgestellt.

de.sputniknews.com: Mehrheiten gegen Angriffe auf Syrien – Bundesregierung weiß von nichts

Berlin verweigert Angaben zu den angeblichen Erkenntnissen über den behaupteten Chemiewaffeneinsatz am 7. April in Syrien. Das hat eine Sprecherin der Regierung am Mittwoch erklärt. Sie kennt auch nicht die Umfragen, laut denen eine Mehrheit der Deutschen gegen Raketenangriffe auf Syrien ist. Dafür beharrt Berlin auf seinen Vorwürfen gegen Moskau.

Die Bundesregierung weiß nichts darüber, was die Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik von westlichen Angriffen auf Syrien hält. Über entsprechende Ergebnisse einer Umfrage dazu hatte das Onlinemagazin „Spiegel online“ am Sonntag berichtet. Laut „ZDF-Politbarometer“ vor dem jüngsten Angriff war mehr als die Hälfte der Deutschen dagegen. Auch die „Bild am Sonntag“ (BamS) veröffentlichte bereits 2017 ähnliche Daten. „Ich kenne diese Umfrageergebnisse nicht und kann sie deswegen auch nicht kommentieren.“ Das erklärte Ulrike Demmer, stellvertretende Regierungssprecherin, am Mittwoch auf Sputnik-Nachfrage während der Regierungspressekonferenz.

Unbekannte Mehrheiten

Laut einer repräsentativen Umfrage von „Spiegel online“ und dem Meinungsforschungsinstitut Civey lehnen 59,9 Prozent der Deutschen das Vorgehen der amerikanischen, britischen und französischen Regierungen ab oder eher ab. Das hatte das Onlinemagazin berichtet. Nur 30,8 Prozent der Befragten hätten dem Vorgehen zugestimmt oder eher zugestimmt, hieß es. 9,3 Prozent wären unentschieden.

Das „ZDF-Politbarometer“ hatte am Freitag vor dem Angriff gemeldet, 58 Prozent der Befragten meinten, „dass ein stärkeres militärisches Eingreifen der USA und westlicher Verbündeter generell eher zu einer Verschärfung des Konflikts in Syrien führen würde“. Nur sieben Prozent würden erwarten, dass das helfe, den Konflikt zu lösen.

2017 hielten laut einer Emnid-Umfrage nur 26 Prozent der Deutschen den ersten US-Angriff im April des Jahres für richtig, wie damals die „BamS“ gemeldet hatte. 80 Prozent der Befragten waren damals der Meinung, dass der Angriff eine einmalige Aktion der USA bleiben sollte. Nur neun Prozent seien für weitere Luftschläge gewesen.

Ignorierte Fragen

Die erste Frage von Sputnik dazu, warum die Bundesregierung solche Mehrheitsmeinungen in der eigenen Bevölkerung übergeht, ignorierte die stellvertretende Regierungssprecherin anfangs. Erst auf Nachfrage gestand sie ihr Nichtwissen ein. Ähnlich verhielt es sich bei der Frage, warum die Bundesregierung in ihrer offiziellen Erklärung vom Sonntag zu dem jüngsten Angriff diesen als verantwortungsgerecht sowie als „erforderlich und angemessen“ bezeichnet hat. Sputnik wollte wissen, ob diese Einschätzung korrekt ist, wenn die abgefeuerten Raketen den Berichten zufolge gegen syrische Chemiewaffenlabore, —anlagen und —lager gerichtet waren. Ebenso, ob damit die Gefahr einer Umweltkatastrophe und

entsprechender Folgen für die Menschen in der Umgebung in Kauf genommen worden sei. „Ich teile schon die Ihren Fragen zugrundeliegenden Fakten nicht“, erklärte Demmer interessanterweise auf die Nachfrage dazu. Sie könne keine Details zu diesen offiziellen Angaben der Angriffsziele und „auf die konkrete Situation hin keine Analyse“ liefern.

Eigene Sichten

Bereits zuvor hatte die Sprecherin der Bundesregierung deren ganz eigene Sicht der Fakten und Realität, auf die sie sich gern beruft, bekräftigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Russland Meldungen zufolge am Dienstag sogar als mitverantwortlich für den angeblichen Giftgaseinsatz am 7. April bezeichnet. Eine Sputnik-Frage nach der entsprechenden Faktengrundlage dafür wurde nicht beantwortet. Stattdessen warf Demmer Moskau erneut vor, im UN-Sicherheitsrat beim Thema Syrien zu blockieren und eine frühzeitige Untersuchung des behaupteten Chemiewaffeneinsatzes im syrischen Duma verhindert zu haben.

Die Vize-Sprecherin wiederholte die Aussagen Merkels, „alle vorliegenden Erkenntnisse sprechen dafür, dass es sich am 7. April um einen Chemiewaffeneinsatz handelte und dass das syrische Regime für diesen Einsatz verantwortlich ist“. Warum diese angeblichen Erkenntnisse und Beweise nicht öffentlich gemacht werden, beantwortete Demmer so: „Wir teilen die Erkenntnisse, die wir teilen können.“ Sie ignorierte den Hinweis, dass sich Berlin dem Verdacht aussetzt, zu lügen. Sputnik wies dabei darauf hin, dass inzwischen selbst westliche Journalisten aus Duma berichten, dort keine Spuren und Opfer eines Chemiewaffeneinsatzes gefunden zu haben.

Ähnlich erging es dem freien Journalisten Tilo Jung, der von der Bundesregierung wissen wollte, ob sie ihre aus Paris übermittelten Erkenntnisse und „angeblichen Beweise“ des behaupteten Chemiewaffeneinsatzes der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) gemeldet habe. Außenamtssprecherin Maria Adebahr verwies lediglich auf „sehr ernstzunehmende Hinweise“, die die Bundesregierung habe, und wiederholte die Rede von angeblichen Erkenntnissen über den bisher unbewiesenen Chemiewaffenangriff.